

A n t r a g

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/7300 –
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

Inklusive Bildung in Rheinland-Pfalz weiter voranbringen – gute Bedingungen für Kinder, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte sicherstellen

I. Der Landtag stellt fest:

Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Im Jahr 2009 hat Deutschland die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) ratifiziert und sich damit verpflichtet, ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten. Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen über alle Bildungsetappen hinweg so gut wie möglich zu fördern – von der frühen über die schulische und berufliche Bildung bis hin zur Weiterbildung und Hochschule.

II. Der Landtag begrüßt,

- dass im Rahmen der anstehenden Kita-Gesetz-Novelle Inklusion in der frühkindlichen Bildung weiter gestärkt wird;
- dass vor dem Hintergrund der schulgesetzlichen Verankerung des Rechts auf inklusiven Unterricht (§ 3 Abs. 5 SchulG) das inklusive Unterrichtsangebot unter Einbezug aller Schularten weiter ausgebaut wird;
- dass das Netz an Schwerpunktschulen zur Ermöglichung eines wohnortnahen Schulbesuchs bedarfsgerecht verdichtet wird, indem weitere Regelschulen als Schwerpunktschulen beauftragt werden;
- dass sukzessive weitere Förder- und Beratungszentren beauftragt werden, um eine flächendeckende Beratung und Unterstützung der Regelschulen sicherzustellen;
- dass das Angebot an inklusivem Unterricht im Rahmen des Berufsvorbereitungsjahres ausgebaut wird, um auch hier eine wohnortnahe Fortsetzung des inklusiven Unterrichts sicherzustellen.
- dass das Land weiterhin die Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer inklusivsozialintegrativen Aufgaben im Schulbereich finanziell unterstützt.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- den Weg inklusiver Bildung von der Kita bis zur Hochschule konsequent weiterzuverfolgen;
- weiter ein für Eltern und Kinder attraktives inklusives Bildungsangebot anzubieten, um die Exklusionsquote zu verringern;

- die Lehrkräfte und Schulleitungen im Rahmen von Aus-, Fort- und Weiterbildung adäquat auf die inklusive Unterrichtsgestaltung und -organisation vorzubereiten;
- weiterhin die Implementierung von multiprofessionellen Teams im Unterricht zu fördern und auszubauen, um Lehrkräfte zu unterstützen;
- die Förder- und Beratungszentren weiterzuentwickeln, um die Handlungssicherheit der Regelschulen weiter zu stärken und die Kompetenzen der Förderschulen herauszustellen;
- bei der anstehenden Überarbeitung der Schulbaurichtlinie die Belange eines modernen inklusiven Unterrichts und der Barrierefreiheit zu berücksichtigen.

Für die Fraktion der SPD: Für die Fraktion der FDP:
Martin Haller Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer